



Die Linke

Bezirksverband
Treptow-Köpenick

Friedlich, solidarisch und ökologisch.

BVV-Wahlprogramm 2026
Die Linke Treptow-Köpenick

www.dielinke-treptow-koepenick.de

BVV-Wahlprogramm 2026 Die Linke Treptow-Köpenick

AUS WUT WIRD HOFFNUNG UND VERÄNDERUNG - AUCH IN TREPTOW-KÖPENICK.	1
1. TREPTOW-KÖPENICK - EIN (VER)SORGENDER BEZIRK FÜR ALLE	2
1.1 PLANUNGSINSTRUMENTE NUTZEN: NAHVERSORGUNG UND TREFFPUNKTE UM DIE ECKE	2
1.2 SORGEARBEIT GEMEINSAM TRAGEN	3
1.3 FÜR GESUNDHEIT UND HITZESCHUTZ SORGEN	4
1.4 WÄLDER, GRÜNFLÄCHEN, KLEINGÄRTEN UND GEWÄSSER SCHÜTZEN	4
1.5 KATASTROPHENSCHUTZ SOLIDARISCH	5
2. EIN SICHERES ZUHAUSE FÜR ALLE	6
2.1 FÜR KONSEQUENTEN MIETERSCHUTZ UND MEHR MILIEUSCHUTZGEBIETE	7
2.2 DIE STRAÙE IST KEIN SICHERES ZUHAUSE	7
2.3 GUT LEBEN IN JEDEM ALTER	8
2.4 VOR GEWALT SCHÜTZEN	8
2.5 KEIN SICHERES ZUHAUSE OHNE FRIEDEN	8
2.6 WARMES ZUHAUSE - KLIMANEUTRAL	9
3. LEBENSLANGE GUTE BILDUNG FÜR ALLE	9
3.1 EIN GUTES FUNDAMENT FÜR JEDES KIND	9
3.2 SCHULE ALS LERN- UND LEBENSORT	10
3.3 KOSTENFREIES LERNEN	10
3.4 KEINE MACHT DEN FAKE-NEWS	10
3.5 FRIEDENSTÜCHTIGKEIT UND KLIMASCHUTZ BILDEN	10
4. MOBILITÄT FÜR ALLE	11
4.1 GUT ZU FUß	11
4.2 LEISTUNGSSTARKER ÖPNV	11
4.3 FLOTT MIT DEM FAHRRAD	13
4.4 SICHERE STRAÙEN ÜBERALL	13
5. ÖFFENTLICHER RAUM FÜR ALLE	14
5.1 FREIER ZUGANG ZU ÖFFENTLICHEN ORTEN	14
5.2 INFRASTRUKTUR FÜR ALLE, STATT WERBUNG UND ÜBERWACHUNG	15
5.3 AKTIV ERINNERN - NICHT AUSGRENZEN	15
5.4 KULTUR IST LEBENSELIXIER	16
5.5 SPORT UND BEWEGUNG STÄRKEN	17
6. SOZIALE TEILHABE FÜR ALLE	17
6.1 FÜR VIELFALT UND ANTIFASCHISMUS IM BEZIRK	18
6.2 INTEGRATION ERMÖGLICHEN - KOLONIALE GESCHICHTE AUFARBEITEN	19
6.3 INKLUSION IST MEHR ALS ROLLSTUHLGERECHT	19
6.4 KEIN PLATZ FÜR SEXISMUS UND QUEERFEINDLICHKEIT	20
6.5 GUTE CHANCEN FÜR ALLE JUNGEN MENSCHEN	20
6.6 EHRENAMT STÄRKEN	20
6.7 DIGITALISIERUNG GEMEINWOHLORIENTIERT UND ZUGÄNGLICH	21
6.8 BÜRGER*INNENBETEILIGUNG AUF AUGENHÖHE	21

Aus Wut wird Hoffnung und Veränderung – auch in Treptow-Köpenick.

Alles wird teurer. Die Mieten fressen die Einkommen auf, Energie und Lebensmittel werden zum Luxus. Während das Klima kippt, führen die Mächtigen Kriege, autoritäre Kräfte gewinnen an Einfluss und rechte Hetze ist salonfähig. Viele junge Menschen sehen kaum noch Perspektiven: unsichere Jobs, unbezahlbare Wohnungen, wenig Zukunftschancen. Niedriglöhne, geringe Rente, explodierende Pflegekosten – Armut hat viele Gesichter. Und sie wird sichtbarer, auch in unserem Bezirk. Jedes fünfte Kind in Treptow-Köpenick wächst in Armut auf. Statt soziale Hilfe auszubauen, werden Leistungen gekürzt und der Zugang zu ihnen erschwert. Armutsbetroffene Menschen werden öffentlich verächtlich gemacht, ihnen werden lebensnotwendige Leistungen gestrichen, sie ziehen sich zurück und vereinsamen, so wie auch viele ältere Menschen. Beschäftigte sollen noch mehr schuften und fürchten doch den Abstieg. Das ist kein Zufall, sondern Ergebnis eines Systems, das Profite über Menschen stellt.

Die Regierung macht Politik gegen die Mehrheit der Menschen. Sie kürzt soziale Leistungen, erhöht den Druck auf Beschäftigte und entlastet Reiche und Konzerne. Viele erleben eine Politik gegen ihre Bedürfnisse und dass sie nicht ernst genommen werden. Sie verlieren das Vertrauen in die Zukunft. Die Politik von Friedrich Merz & Co verschärft Armut, Unsicherheit und gesellschaftliche Spaltung.

Als Partei Die Linke wollen wir die Dinge verändern, denn es könnte alles ganz anders sein. Wir kämpfen für ein gutes Leben für alle! Wir machen aus Unmut aktive Gegenwehr. Veränderung entsteht nicht nur in Parlamenten: Wir leisten mit "Die Linke hilft" konkrete Solidarität vor Ort, unterstützen Mieter*inneninitiativen beim Widerspruch gegen die Heizkostennachzahlungen, hören unseren Nachbar*innen an den Haustüren ernsthaft zu oder stehen solidarisch an der Seite der Streikenden in Krankenhäusern, Kitas und der BVG. Aber Veränderung braucht auch veränderte Mehrheiten in Parlamenten.

Was wir verändern können, werden wir anpacken! In der Bezirksverordnetenversammlung, im Abgeordnetenhaus und auf Bundesebene.

Wir kämpfen für

- Finanzmittel für Kinder, Jugendliche und Alte, für Krankenhäuser, Schulen, Jugendclubs, Schwimmhallen und pünktliche Bahnen in den Kiezen, für bezahlbare Wohnungen – nicht für Raketen, Panzer und Soldaten!
- Das heißt: Mehr Geld für die Kommunen! Nur dann können Kitas, Pflege, Sozialarbeit, Bus & Bahn und soziale Angebote ausreichend finanziert werden.
- Wir kämpfen für eine gesunde Umwelt, den Erhalt der Biodiversität und wirksamen Klimaschutz. Treptow- Köpenick muss als grüne Lunge erhalten bleiben und gesund.
- Wir kämpfen für armutsfeste Renten, eine würdigende Grundsicherung und eine soziale Sicherung, die schützt.
- Wir stehen für eine Gesundheits- und Pflegepolitik, die nicht Profite, sondern Gesundheit und würdevolle Behandlung schafft. Wir wollen keine Zwei-Klassen-Medizin und deshalb eine Gesundheitsversicherung ohne Privilegien, in die alle einzahlen, auch mit Kapitalvermögen.
- Wir streiten für öffentliche und kostenfreie Mobilität: gut für die Umwelt, zugänglich und sicher für alle.

- Wir streiten gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften für gute Arbeit mit fairen Löhnen und familienfreundlichen Bedingungen.
- Wir fördern die lokal verankerten kleinen und mittleren Unternehmen, insbesondere die wohnortnahe Versorgung, anstatt Konzernen und Millionären Steuergeschenke zu machen.
- Wir wollen gute und kostenfreie Bildung für alle – von der Kita bis zur Volkshochschule. Es gibt keine gute Schule ohne kluge, engagierte und nicht überlastete Lehrkräfte und ohne moderne technische Ausstattung. Bildung muss für jede*n zugänglich sein.
- Wir sind feministisch, solidarisch untereinander und zwischen den Generationen, sozialistisch und antifaschistisch - und kämpfen gegen jede Form von Diskriminierung und Rassismus, auch gegen die AfD!

Wir wissen: Viele der großen politischen Fragen werden auf Bundesebene entschieden.

Wir unterstützen daher Forderungen nach einer gerechteren Steuerpolitik, bezahlbaren Energie- und Lebensmittelpreisen sowie einer starken sozialen Sicherung. Dafür setzen wir uns für Reformen bei der Erbschaftssteuer, der Vermögenssteuer sowie bei der Besteuerung von Extra- und Rüstungsgewinnen ein. Diese Reformen müssen auf Bundesebene umgesetzt werden und würden dazu führen, dass wir in der Kommunalpolitik ausreichend finanzielle Spielräume für alle unsere politischen Vorschläge hätten. Bis es soweit ist, stehen wichtige Forderungen immer unter dem "berühmten" Finanzierungsvorbehalt. Wir können dennoch versprechen: als Linke werden wir alles in unserer Macht Stehende tun, um Treptow-Köpenick friedlich, solidarisch und ökologisch zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen hier gut leben können, dass wir den Herausforderungen des Klimawandels gerecht werden und den Planeten schützen. Und dafür, Treptow-Köpenick zum "Bezirk des Friedens" zu erklären. Kurzum: Wirtschaft und Politik sollen die Lebensbedürfnisse und Interessen der Menschen im Bezirk in den Mittelpunkt stellen. Veränderung beginnt manchmal im Kleinen - auch im schönsten Bezirk Berlins.

1. Treptow-Köpenick - ein (ver)sorgender Bezirk für Alle

Wir wollen einen sorgenden Bezirk, in dem Ärzt*innen, der Wochenmarkt und die Post direkt um die Ecke liegen, in der die Kleingärten als Erholungsflächen geschützt sind und Kitas, Gesundheits- und Pflegeangebote für Alle um die Ecke barrierefrei verfügbar sind. Diese Nahversorgung darf nicht kapitalistischen Interessen ausgeliefert sein und auch nicht Einzelnen aufgebürdet werden, etwa dem älteren Ehepaar, das sich aus Not gegenseitig pflegt oder der alleinerziehenden Mutter, die auch noch die Hausaufgabenbetreuung übernehmen muss. Das gilt besonders, weil Treptow- Köpenick rasant wächst, jünger wird und zugleich ein Ort mit vielen hochbetagten Menschen bleibt. In dieser Dynamik darf niemand abgehängt werden.

1.1 Planungsinstrumente nutzen: Nahversorgung und Treffpunkte um die Ecke

Wir werden Bebauungspläne und städtebauliche Verträge konsequent einsetzen, um einen hohen Anteil an mietpreisgebundenem Wohnraum durchzusetzen und Nahversorgungsangebote zu sichern. Unsere Kieze sollen keine reinen Schlafstädte werden. Neue Wohnungen sollen nur dort entstehen, wo es genug Kitas, Schulen, Jugendclubs, Arztpraxen, Pflegeangebote, gut angebundenes Nahverkehr, Einkaufsmöglichkeiten sowie Grün- und Erholungsflächen gibt. Sonst muss diese Infrastruktur ausgebaut werden. Deshalb fordern wir **integrierte Stadtentwicklungs- und soziale**

Infrastrukturkonzepte, die die Bedarfe der Menschen im Kiez erheben und verbindlicher Ausgangspunkt für weitere Planungen werden. Vorhaben, die den bezirklichen Planungszielen widersprechen – wie die Idee eines Tesla- Entwicklungszentrums in Köpenick, die dem Profit eines durchgeknallten US-Multimilliardärs dient – lehnen wir ebenso wie Luxussanierungen ab.

Unsere **KIEZKLUBs** werden wir als unverzichtbare Orte der Begegnung in kommunaler Trägerschaft erhalten und ihre Angebote bedarfsgerecht erweitern. Außerdem unterstützen wir Initiativen für Wochenmärkte und Forderungen nach Kiezkantinen, wo sich Nachbar*innen bei kostengünstigem Essen austauschen können.

Leerstand nehmen wir nicht länger hin! Leerstehende Gebäude sollen verstärkt für Kultur- und Nachbarschaftsnutzungen erschlossen werden. Überall, wo es im Bezirk Leerstand gibt und kein Wohnraum entstehen kann, muss eine mögliche kulturelle Nutzung geprüft werden.

Kinder und Jugendliche sind die Zukunft unserer Gesellschaft. Wir werden **Jugendclubs, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und Jugendsozialarbeit, die aktuell von Kürzung bedroht sind, langfristig finanziell absichern** und ausbauen. Wir werden Formate etablieren, bei denen junge Menschen direkt über die Gestaltung ihres Umfelds und die Verwendung von bezirklichen Mitteln mitentscheiden können. Um Kinderarmut wirksam zu begegnen, fördern wir den **Ausbau kostenloser Kultur-, Sport- und Freizeitangebote**.

1.2 Sorgearbeit gemeinsam tragen

Ein sorgender Bezirk geht bedarfsgerecht mit seinen älteren Mitbürger*innen um. Da über ein Viertel unserer Bevölkerung älter als 60 Jahre ist, wollen wir ein verbindliches Gesamtkonzept für ein gutes Leben im Alter umsetzen. Von **aufsuchender Senior*innenberatung**, um Einsamkeit vorzubeugen und zu lindern, über barrierefreie Wege und Plätze bis hin zum nahen Einkaufsangebot, wollen wir den Bezirk senior*innengerechter gestalten. Niemand soll im Alter das vertraute Wohnumfeld verlieren, nur weil die Unterstützung fehlt. **Wir unterstützen die bezirkliche Senior*innenvertretung** und setzen uns für stärkere Beteiligungsrechte ein.

Im Bezirk wächst der Pflegebedarf insbesondere für Menschen älter als 80 Jahre. Wir setzen uns vor allem für **mehr Kurzzeitpflegeplätze, Tagespflegeangebote und Unterstützung für pflegende Angehörige** ein. In Notfallsituationen muss die Versorgung auch für alleinlebende Menschen ohne pflegende An- und Zugehörige gesichert sein. Dafür wollen wir auch die Präsenzzeiten von Pflegestützpunkten und aufsuchende Angebote ausbauen. Die Bearbeitungszeiten von Anträgen auf „Hilfe zur Pflege“ wollen wir senken. **Pflegekräfte verdienen eine bessere tarifgebundene Bezahlung**, die ihrer Verantwortung und ihrem Einsatz entspricht! Dafür setzen wir uns auch auf Landesebene ein. Wir werden den **„Runden Tisch Pflege“** als festes Gremium zur Koordinierung lokaler Angebote etablieren. Wir fördern das Modell der **„Community Nurse“** im Bezirksamt, die als vertraute Ansprechperson im Kiez medizinische und soziale Hilfen vermittelt.

Flächendeckend wollen wir Hebammen und Beratungsstellen für werdende Eltern im Bezirk. Wir werden **stillfreundliche Orte** ausweisen, um eine gesunde Ernährung von Anfang an zu fördern und das Stillen im öffentlichen Raum zu normalisieren.

Gemeinschaftliche Sorgearbeit wird die Zukunft prägen. Wir unterstützen die Initiative, das **Parkcenter Treptow zu einem Sorgezentrum** für die Nachbarschaft umzugestalten. Hier sollen Angebote entstehen, die die Nachbarschaft wirklich braucht: Unterstützung oder Beratung vor Ort, Treffpunkte

für Begegnung und Austausch, Gesundheitsversorgung oder Kultur - generationenübergreifend, multiprofessionell und inklusiv.

1.3 Für Gesundheit und Hitzeschutz sorgen

In Treptow-Köpenick ist der Mangel an Ärzt*innen längst Realität: Lange Wartezeiten, weite Anreisewege bis hin zu Aufnahmestopps. Über 40 Arztsitze sind im Bezirk nicht besetzt, insbesondere mangelt es an Kinderärzt*innen und ambulanten geriatrischen Angeboten. Die Kassenärztliche Vereinigung kommt ihrer gesetzlichen Pflicht nur völlig unzureichend nach, die Gesundheitsversorgung flächendeckend und bedarfsgerecht zu gewährleisten. Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass sich das ändert. Und wir wollen uns mit der für viele Menschen völlig unzureichenden Situation nicht abfinden und werden weiterhin nach neuen Wegen suchen, um die ärztliche Versorgung zu verbessern. Wir werden die von uns initiierte **Praxis-Raubörse** fortführen, um die Ansiedlung von Haus- und Fachärzt*innen sowie therapeutischen Praxen gezielt in unterversorgten Ortsteilen zu steuern. Außerdem werden wir nach Wegen suchen, um die Gründung von **Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in kommunaler bzw. landeseigener Hand** (z.B. über den landeseigenen Krankenhaus-Konzern Vivantes) voranzutreiben. Wir werden darüber hinaus prüfen, welche individuellen sozialen Angebote des Bezirks für interessierte Ärzt*innen dazu beitragen können, die Arztversorgung zu verbessern. In ähnlicher Weise gilt es die Situation rund um das Apothekensterben in den Blick zu nehmen. Für uns ist klar: Ein lebenswerter Kiez braucht **wohnortnahe therapeutische Praxen, gut erreichbare Apotheken und Einrichtungen der ambulanten und stationären Pflege**. Wir setzen uns für ein Modellprojekt „Ärztebus“ in entlegenen Kiezen und außerhalb der regulären Sprechzeiten ein.

Der Hitzeschutz hat für uns Priorität. Wir setzen weitere **Hitzeaktionspläne** für den Bezirk um, die insbesondere vulnerable Gruppen wie Senior*innen und Kinder schützen. Dazu wollen wir das Netz von öffentlichen Trinkbrunnen ausbauen und kühle Räume in öffentlichen Gebäuden schaffen, die an heißen Tagen für alle offenstehen. Mehr mobile Gesundheitsberatung und Präventionsangebote werden die Gesundheitskompetenz im Kiez stärken. Die aufsuchende Arbeit des Gesundheitsamtes werden wir weiter ausbauen.

Mit der **Unterstützung und Umsetzung des Baumentscheids** kann Berlin aktiv dazu beitragen, durch den **Schatten von gesunden Bäumen** im Sommer kühler zu bleiben. Das ist eine große Erleichterung insbesondere für vulnerable Gruppen. Es braucht ein **bezirkliches Konzept zur Umsetzung** des Baumentscheids, um die vom Land bereit gestellten Mittel effektiv und schnell einzusetzen und ambitionierten Ziel zu erreichen.

1.4 Wälder, Grünflächen, Kleingärten und Gewässer schützen

Ein sorgender Bezirk schützt auch die Natur, die uns allen als Erholungsraum dienen soll. Treptow-Köpenick ist reich an Wäldern, Gewässern, Parks und Grünflächen. Diesen Schatz wollen wir erhalten und ausbauen. Durch die Klimakrise wird es immer wichtiger, Schatten von gesunden Bäumen, **Versickerung, Speicherung und Verdunstung von Regenwasser durch unversiegelte Böden sowie Kühleffekte durch unbebaute Kälteschneisen, Wiesen und Wälder** zu fördern.

Als Die Linke setzen wir uns konsequent für die Grünflächensicherung ein: auf Landesebene fordern wir ein Grünflächensicherungsgesetz und haben schon ein weitgehendes Gesetz zum Schutz der Berliner Kleingärten eingebracht.

Für eine gesunde Umwelt wollen wir **Kleingartenanlagen und Grünflächen konsequent vor Bebauung schützen**, wie etwa in Plänterwald oder Späthsfelde. Das gilt besonders für unsere **grünen Innenhöfe**, die wir vor Nachverdichtungsvorhaben schützen wollen. Wir werden Flächen entsiegeln, wie den Platz am Kaisersteg und unsere Kieze durch mehr Baumpflanzungen und begrünte Fassaden klimafreundlicher machen.

Die Begrünung von Plätzen und die Schaffung von Grüninseln ist ein Muss. Die Grünzüge sollen gestärkt und vernetzt werden. Wir setzen uns für mehr Hundeauslaufgebiete im gesamten Bezirk ein. Für die Qualität der bezirklichen Gewässer sowie der Trinkwasserqualität setzen wir uns im Bezirk und im Land dafür ein, das Verursacher*innenprinzip bei Verunreinigungen konsequent anzuwenden: **wer Gewässer verschmutzt, muss für die Reinigung zahlen.** Ob Schadstoffeinträge in die Spree durch die LEAG oder andere Konzerne, es liegt in ihrer Verantwortung, den Schaden dauerhaft und nachhaltig zu beheben. Wir wollen unsere Treptow-Köpenicker Gewässer als Natur- und Erholungsräume schützen und deshalb Umweltbelastungen sowie Lärm durch Partyflöße oder Veranstaltungsschiffe begrenzen.

Darum setzen wir uns für die Umsetzung der Initiative zahlreicher Wassersportvereine und Anwohnender zur Beschränkung des Motorbootverkehrs auf den Gewässern in Treptow-Köpenick ein und machen uns für zwei motorbootfreie Sonntage auf Berliner Gewässern und die Wiederabsenkung der Führerscheinplicht für Wasserfahrzeuge von 15 auf 5 PS stark.

Zu den bedrohlichen Verschmutzungen im Bezirk gehört auch Feinstaub vom Flughafen BER in Schönefeld. **Wir setzen uns für eine fortlaufende wissenschaftliche Überprüfung ein und fordern Konsequenzen für zu hohe Schadstoffwerte.** Ebenso wollen wir die Lärmbelastung mindern und setzen uns für eine **Ausweitung des Nachtflugverbots von 22:00-6:00 Uhr** ein. Darüber hinaus befürworten wir mehr bezirkliche Böllerverbotzonen, perspektivisch ein Böllerverbot und ein zentrales, bezirklich organisiertes Feuerwerk für alle – jährlich wechselnd an einem anderen Ort im Bezirk.

1.5 Katastrophenschutz solidarisch

Katastrophenlagen erfordern ein lückenloses Sicherheitsnetz für alle - gerade dann braucht es einen Bezirk, der seine Hausaufgaben gemacht hat und sich um seine Bewohner*innen sorgt. Ältere, Kinder und wohnungslose Menschen sind jedoch bei akuten Krisen besonders gefährdet. Wir stärken gezielt den Zivil- und Katastrophenschutz auch im ehrenamtlichen Engagement in Treptow-Köpenick als festen Bestandteil öffentlicher Daseinsvorsorge. **Für uns ist Bevölkerungsschutz konsequent zivil, sozial und solidarisch.** Er soll Schutz bei Katastrophen, Extremwetterlagen und Ausfällen kritischer Infrastruktur ermöglichen – nicht Krieg oder „Kriegstüchtigkeit“. Treptow-Köpenick kann ein Ort friedlichen Miteinanders bleiben. Wir fühlen uns den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen (SDGs) verpflichtet und wollen sie konsequent auch kommunal umsetzen. Als aktives Mitglied des Netzwerks „**Mayors for Peace**“ (Bürgermeister*innen für den Frieden) bekennen wir uns zur Verantwortung des Bezirks für nukleare Abrüstung und eine friedliche Welt.

Ein funktionierender Katastrophenschutz braucht verlässliche Technik, klare Abläufe und Verantwortlichkeiten sowie ausreichend Fachpersonal. Leistungsfähige Notstrom- und Kommunikationslinien, mobile Einsatz- und Versorgungsmittel sowie eine enge Abstimmung zwischen Bezirk, Land und Hilfsorganisationen müssen dauerhaft finanziert werden. Die Bezirke sollen im Krisenfall schnell und eigenständig handeln können, bestmöglich durch die Senatsverwaltungen unterstützt.

Besonderen Schutz brauchen Menschen in verletzlichen Lebenslagen. Wir wollen, dass ambulant gepflegte Menschen, Bewohner*innen von Pflegeeinrichtungen und in Wohnformen der Eingliederungshilfe im Katastrophenfall schnell erreicht, versorgt und unterstützt werden. Auch wohnungslose Menschen sollen in Katastrophen Schutz finden und diese ohne zusätzliche Schäden überstehen. Zivil- und Katastrophenschutz muss für alle funktionieren, unabhängig von Alter, Gesundheit oder Lebenssituation.

Wir wollen niedrigschwellige **Aufenthaltsorte** über Kooperationen mit Kirchen, Volkshochschulen (VHS), Schulen, Bibliotheken, KIEZKLUBs, Stadtteilzentren, freien Trägern und durch Freiwillige flächendeckend ausweiten. Bei Extremwetter wollen wir diese als Wärme- oder Kühlinselfinanzieren, strukturell und personell absichern. Schlafsäcke, Isomatten und Wasser müssen an strategischen Knotenpunkten im Bezirk unbürokratisch ausgegeben werden können.

2. Ein sicheres Zuhause für Alle

In Treptow-Köpenick erleben wir tagtäglich, was ein kapitalistischer Wohnungsmarkt anrichtet: steigende Mieten, Verdrängung und immer dreistere Profite auf unsere Kosten. Immobilienkonzerne erhöhen die Mieten mit frei erfundenen Wohnungsmerkmalen, bei Heizkosten wird getrickst. Immer mehr Wohnungen werden zu Wuchermieten, möbliert und befristet vermietet. Doch bei Service und Instandhaltung wird gespart bis es quietscht. Kai Wegner – wahlkampffinanziert von der Immobilien-Lobby – lässt diese Abzocke zu. Mehr als 4.000 Verdachtsfälle für illegal überhöhte Mieten hat der **Mietwucher-Check** der Linken allein in Treptow-Köpenick aufgezeigt.

Ein sicheres Zuhause ist ein Menschenrecht. Niemand darf mit unendlich steigenden Mieten, durch faule Tricks bei Heizkosten, schlechtem Service und Spekulation an der Börse reich werden. Deshalb unterstützen wir mit allen bezirklichen Mitteln, dass der Volksentscheid **Deutsche Wohnen & Co. Enteignen** endlich umgesetzt wird. Im bezirklichen Wohnungsamt wollen wir konsequent für ausreichend Personal sorgen und jeden Euro zu viel gezahlter Miete zurück erkämpfen.

Den landeseigenen Bau wollen wir sozial gestalten. Wir setzen uns daher gegenüber dem Land Berlin dafür ein, dass Neubau und Sanierung in öffentlicher Hand dauerhaft sozial gebunden werden. Wohnungen landeseigener Unternehmen sollen langfristig über den Wohnberechtigungsschein bezahlbar bleiben und nicht nach Ablauf von Bindungsfristen aus der sozialen Bindung fallen. **Altersgerechtes und barrierefreies Wohnen** muss gefördert werden. Auch die Wohnungsbaugenossenschaften leisten einen wichtigen Beitrag für die soziale Wohnraumversorgung. Auch sie müssen vom Land stärker unterstützt werden.

Wohnen bleibt eine der drängendsten sozialen Fragen im Bezirk. Geflüchtete und Menschen mit geringem Einkommen sind besonders betroffen. Viele Menschen leben über Jahre in Gemeinschaftsunterkünften oder ASOG-Unterbringungen, weil bezahlbarer Wohnraum fehlt. Dauerhafte Unterbringung kann Wohnen nicht ersetzen: Sie erschwert Integration und belastet den Bezirk finanziell und sozial. Unser Ziel ist daher, die Dauer der Unterbringung deutlich zu verkürzen und den Zugang zu regulärem Wohnraum zu verbessern. Gegenüber dem Land Berlin setzen wir uns dafür ein, dass mehr dauerhaft bezahlbarer Wohnraum gesichert und verfügbar gemacht wird und bestehende soziale Bindungen erhalten bleiben. Auf bezirklicher Ebene werden wir alle Möglichkeiten nutzen, um den Übergang aus Unterkünften in Wohnungen zu unterstützen und zu beschleunigen.

2.1 Für konsequenten Mieterschutz und mehr Milieuschutzgebiete

Wir fordern mehr Personal, um gegen Mietwucher oder anhaltende Wohnungsmängel vorzugehen oder um Anträge für einen Wohnberechtigungsschein oder Wohngeld zügig bearbeiten zu können. Die Wohnungsämter müssen so ausgestattet werden, dass alle unkompliziert, fachlich versiert und schnell die Hilfe bekommen, die ihnen zusteht. Über digitale Verfahren können **gängige Immobilienplattformen auf illegale Mieten gescannt werden**. Deren Anbieter werden durch Behörden umgehend kontaktiert, um über den Rechtsrahmen, einschließlich **Sanktionen**, aufzuklären. Wer trotzdem auf illegalen Mietangeboten beharrt, muss durch versierte Verwaltungsbeschäftigte und mit unserer vollen politischen Rückendeckung mit harten Gegenmaßnahmen rechnen. Mit den gleichen Instrumenten gilt es auch gegen illegalen Leerstand und Ferienwohnungen vorzugehen.

Mindestens jede zweite Wohnung wird in Berlin mittlerweile möbliert, befristet und völlig überteuert angeboten. Keine Bundesregierung ist bisher ernsthaft dagegen vorgegangen. Ein Bezirk kann diese Abzocke nur in Kiezen verbieten, die vorher amtlich formal zu sozialen Erhaltungsgebieten (Milieuschutzgebiete) erklärt wurden. Treptow-Köpenick hinkt hier anderen Bezirken jedoch weit hinterher. Eine starke Linke wird **mehr soziale Erhaltungsgebiete ausweisen, um möblierte Abzocke und auch Luxusmodernisierungen effektiv zu unterbinden**.

Zu allen Wohnungsfragen im Bezirk bietet Die Linke Beratung und Hilfe bei Problemen an („Die Linke Hilft“). Doch es braucht darüber hinaus staatlich finanzierte Beratungsangebote. Schon 2018 hat Die Linke eine **kostenlose kommunale Mieter*innenberatung** in allen Bezirken eingeführt. Die Mittel dafür müssen erhöht und vollumfänglich genutzt werden. Wir werden für mehr Beratungstermine an weiteren Standorten sorgen. Bei bekannt gewordenen akuten Problemen in größeren Siedlungen muss reaktiv eine aufsuchende Beratung eingeführt werden.

Ältere Menschen geraten durch hohe Miet- und Heizkosten zunehmend in Wohnungsnot. Wir setzen uns auf Landes- und Bundesebene mit Nachdruck für ein Räumungsverbot für verletzte Gruppen ein, z.B. für Menschen über 65 Jahre, Menschen mit Behinderungen und junge Familien. Im Bezirk müssen alle rechtlichen Ermessensspielräume genutzt werden, um Zwangsräumungen durch präventive Beratung zu verhindern. Wir wollen zudem, dass Strom- und Gassperren verboten werden, mindestens jedoch eine behördliche Prüfungs- und Genehmigungspflicht eingeführt wird.

2.2 Die Straße ist kein sicheres Zuhause

Wohnen ist ein Menschenrecht - auch für Menschen in emotionalen Krisen, suchterkrankt oder wenn sie einfach wieder auf die Füße kommen wollen. Gerade in Notlagen brauchen Menschen schnell einen Schutzraum. Betroffene finden jedoch zu wenige niedrighschwellige Zufluchtsorte im Bezirk. Sie bleiben auf der Straße, unter Brücken und in notdürftigen Unterkünften alleingelassen. Dafür müssen **kurz- und mittelfristig Wohnräume** bereitgestellt werden.

Doch solange Menschen in unserem Bezirk auf der Straße leben müssen, hat der **Schutz von Leib und Leben für uns oberste Priorität**. Denn die Gefahr von Gewalt wächst stark. So wurden in Baumschulenweg bereits Zelte von obdachlosen Menschen in Brand gesetzt. Auch Hilfsangebote erreichen sie schlecht, es fehlen Informationen vor Ort. Das Hilfesystem muss entsprechend weiterentwickelt werden: **Schlafsäcke, Isomatten und Wasser** müssen an strategischen Knotenpunkten im Bezirk unbürokratisch ausgegeben werden, die **Straßensozialarbeit** muss weiter ausgebaut werden und wohnungslose Menschen brauchen **niedrighschwellige Unterstützung bei Suchterkrankungen**. Wir wirken darauf hin, dass das Bezirksamt im Rat der Bürgermeister eine

Regelfinanzierung einfordert, damit die Verstetigung der sozialen Infrastruktur nicht durch kurzfristige Haushaltsentscheidungen des Senats gefährdet wird.

Das Ziel des Senats, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden, bedarf einer verbindlichen Absicherung im Haushalt, um realisierbar zu sein. Unser übergeordnetes Ziel bleibt dabei die vollständige und dauerhafte Überwindung von Wohnungs- und Obdachlosigkeit.

2.3 Gut Leben in jedem Alter

Treptow-Köpenick wächst und wird jünger, doch im Bezirk leben auch überdurchschnittlich **viele ältere Menschen**. Die Mieten werden erhöht, die Nahversorgung bröckelt - der Alltag wird teurer. In allen Kiezen und für alle **Familien** muss das Leben bezahlbar, sicher und lebenswert bleiben. Wir wollen **keine soziale Ausgrenzung**, keine Altersdiskriminierung, keine Verwahrlosung und Gewalt in Familien. Deshalb muss das Jugendamt bedarfsgerecht ausgestattet und gut organisiert sein. Dazu braucht es mehr Personal im regionalen sozialen Dienst und eine bedarfsgerechte Ausfinanzierung der Hilfen zur Erziehung. Kinder, Jugendliche, Familien und ältere Menschen brauchen in schwierigen Lebenssituationen verlässliche, niedrigschwellige und passgenaue Hilfen und Unterstützung. Frühzeitige Hilfe vermeidet Eskalationen. Ältere Menschen sollen in ihrem gewohnten Umfeld bleiben können – mobil, gut versorgt und vernetzt. Dafür wollen wir eine **kommunale Wohnungstauschbörse**, die steigende Mieten bei einer Verkleinerung verhindert und bei der ein Wohnungstausch für die Mieter*innen nicht mit unnötigen Extrakosten einhergehen.

2.4 Vor Gewalt schützen

Zwang und Gewalt in Familie und Partnerschaft, im Arbeitsleben oder im Wohnumfeld betreffen vor allem **Frauen**, darunter Trans- und Interfrauen und als weiblich gelesene Menschen. Etwa jeden dritten Tag wird in Deutschland eine Frau, zumeist durch ihren Partner oder Ex-Partner, ermordet. Jede dritte Frau erlebt mindestens einmal im Leben Gewalt. **Geflüchtete Frauen** in Sammelunterkünften sind wegen Platzmangel und fehlenden Rückzugsmöglichkeiten besonders hart betroffen. Auch queere Menschen werden täglich Opfer physischer und psychischer Übergriffe. Wir wollen Schutzräume für Frauen *und nichtbinäre Menschen* sowie deren Kinder als auch Beratungs- und Unterstützungsangebote ausbauen. Solange es Gemeinschaftsunterkünfte gibt, müssen geschützte und abgetrennte Wohnbereiche für geflüchtete Frauen mit und ohne Kinder verpflichtend sein. Zusätzlich wollen wir obdachlose Frauen gezielt schützen, da sie aufgrund fehlender Rückzugsmöglichkeiten besonders von sexualisierter Gewalt betroffen sind. Auch queere Menschen erleiden täglich psychische und physische Gewalt. Wir setzen uns dafür ein Beratungsangebote und Zufluchtsstellen zu erhalten und weiter auszubauen.

Aufklärungsarbeit, starke feministische Strukturen und **sichere Orte** der Selbstermächtigung ermöglichen von Diskriminierung betroffenen Menschen aktiv zu werden. Doch viele solcher Projekte im Bezirk sind finanziell gefährdet. Wir wollen sie ausbauen und langfristig finanzieren, um die Antigewalt- und Antidiskriminierungsarbeit wirksamer werden zu lassen.

2.5 Kein sicheres Zuhause ohne Frieden

Rund 5,6 Millionen Jugendliche erhalten seit Januar 2026 Post mit verpflichtenden Fragebögen von der Bundeswehr. Viele befürchten eine wiederkehrende Wehrpflicht. In Berlin sind bereits mehr als 100 Unternehmen direkt oder indirekt in der Rüstung dabei. Auch Start-ups und Forschungsinstitute im Bezirk, beispielsweise in Adlershof, gehören dazu. Einige Universitäten und Hochschulen geben die Zivilklausel auf, um an militärischer Forschung und Entwicklung teilzunehmen. Die Linke unterstützt weiterhin **ausschließlich zivile Forschung und Produktion!**

Die Linke Treptow-Köpenick wird eine **Beratungsstelle für Kriegsdienstverweigerer** einrichten. Auch der Bezirk sollte die persönliche Freiheit und freie Lebensplanung junger Treptow-Köpenicker*innen unterstützen, die mit einer Wehrpflicht gefährdet sind. Hierzu sollte bezirkliche Beratung eingeführt werden, um auf die Alternativen zum Wehrdienst, etwa Freiwilligendienste wie das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) zu informieren und aufzuklären.

Die Bundeswehr wirbt inzwischen ungehindert öffentlich und an Schulen. Dagegen treten wir ein. Wir setzen uns dafür ein, den Patenschaftsvertrag vom Juli 2023 zwischen dem Bezirksamt Treptow-Köpenick und der 8. Kompanie des Wachbataillons Berlin aufzuheben. Er erlaubt pauschal „eine gegenseitige Unterstützung bei repräsentativen Veranstaltungen“, gibt also der Bundeswehr für öffentliches Auftreten im Bezirk freie Hand. **Wir möchten keine Werbung der Bundeswehr** an Spiel- und Sportplätzen sowie an allen anderen öffentlichen Orten. Mit uns wird es keinen Umbau ziviler Strukturen in militärische geben, wie im Gesundheits- oder Verkehrswesen bereits konkret geplant. Wir treten für Friedensertüchtigung ein.

2.6 Warmes Zuhause - klimaneutral

Wir setzen uns für einen Ausbau und die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes sowie für mehr Nahwärmenetze in verdichteten Gebieten ein. Die kommunale Wärmeplanung ist dabei das zentrale Steuerungselement für alle politischen Ebenen. Menschen im Bezirk brauchen eine klare Orientierung, wie die Wärmeversorgung der Zukunft aussehen kann. **Unser Ziel ist, Wärmelieferungen durch Nutzung erneuerbarer Wärme zu dekarbonisieren und dabei Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit zu garantieren.** Hierzu **muss es genügend Beratungsangebote und auch gezielte Förderung geben.**

3. Lebenslange gute Bildung für Alle

3.1 Ein gutes Fundament für jedes Kind

Die Linke steht für gleiche Bildungschancen für alle! Wir wollen eine **hochwertige frühkindliche Bildung** im Bezirk. Kitas sind die erste prägende Stufe unseres Bildungssystems und keine „Betreuungsstationen“. Daher stellen wir uns entschlossen **gegen Kürzungen** und damit drohende Schließungen von Einrichtungen. Kitas sind so auszustatten, dass sie den wachsenden Förderbedarfen sowie den individuellen Bedürfnissen aller Kinder gerecht werden können. Wir setzen uns im Land Berlin für einen **besseren Personalschlüssel ein** – auch im Ü3-Bereich – und mehr Fachkräfte. Um auf familiäre Problemlagen frühzeitig einzugehen und die Erzieher*innen alltäglich zu entlasten, setzen wir wieder Sozialarbeiter*innen in Kitas ein.

Die Kita muss ein Ort sein, an dem jedes Kind, unabhängig von seiner Herkunft, die gleichen Startchancen erhält. **Inklusion** ist dafür der Schlüssel: Kinder mit körperlichen, geistigen oder seelischen Beeinträchtigungen sowie Kinder mit Flucht- und Kriegserfahrungen brauchen besondere Zuwendung. Das darf nicht an fehlendem Personal oder bürokratischen Hürden scheitern. Zudem verstärken wir **gesundheitsfördernde Maßnahmen** im Kita-Alltag, wie das tägliche Zähneputzen, um gleiche Voraussetzungen für jedes Kind zu schaffen.

Wir wollen **mehr Ausbildungsplätze** im Eigenbetrieb Südost und gute Rahmenbedingungen für den Quereinstieg in den Beruf der Erzieher*in für interessierte, engagierte Menschen.

3.2 Schule als Lern- und Lebensort

Gutes Lernen gelingt nur in einer Umgebung, die inspiriert und Sicherheit bietet. Wir werden den bedarfsgerechten Ausbau und den Erhalt von Schulen im gesamten Bezirk priorisieren. Wir sichern, dass **Sanierungsvorhaben** an bestehenden Gebäuden zügig und gründlich umgesetzt werden. Für Instandhaltung müssen ebenso ausreichend finanzielle Mittel zur Verfügung stehen wie für Laptops, Computer oder Tablets und einen stabilen, leistungsfähigen Internetzugang. Jede Schule muss flächendeckend über funktionierendes WLAN verfügen, damit **digitale Bildung** kein Zufall und keine Frage des Schulstandortes ist.

Zentraler Pfeiler linker Bildungspolitik ist die **Gemeinschaftsschule als idealer Ort** für gemeinsames Lernen. Wir werden uns für weitere Gemeinschaftsschulen stark machen. Besonders wichtig ist ein guter Übergang von der Primar- in die Sekundarstufe. Nach der sechsten Klasse soll niemand einen unnötigen Bruch in der Lernbiografie erleben. Wir wollen, dass dieser Übergang pädagogisch besonders begleitet wird. Lehrkräfte sollen dafür stufenübergreifend kooperieren, vertraute Lernformen fortführen und stabile soziale Bezugsgruppen sichern.

Jedes Kind soll die passende Förderung erhalten. Wir wollen die Schulsozialarbeit an allen Schulformen konsequent ausbauen, bereits **vollzogene Kürzungen bei der bezirklichen Schulsozialarbeit müssen zurückgenommen werden**. Wir wollen Fort- und Weiterbildungen bedarfsgerecht finanzieren, um Erzieher*innen und Lehrkräfte in ihrer täglichen Arbeit zu unterstützen – etwa im digitalen Lehren und Lernen oder zur Inklusion. Die Schulreinigung soll rekommunalisiert werden, um faire Arbeitsbedingungen und einen hohen Hygienestandard zu garantieren.

3.3 Kostenfreies Lernen

Wir setzen uns als Bezirk im Land Berlin für ein **kostenloses Mittagessen** für alle Schüler*innen ein; ohne stigmatisierende Nachweise und ohne Antragsverfahren. Kein Kind darf ausgeschlossen werden, weil Eltern durch bürokratische Hürden keine Anträge stellen können oder sich dafür schämen.

Wir wollen eine **umfassende Lernmittelfreiheit**. Auch Klassenfahrten und Schulausflüge müssen für alle möglich sein. Wenn finanzielle Unterstützung erforderlich ist, muss diese unkompliziert, schnell und vollständig gewährt werden. Klassenfahrten sind Teil des Bildungsauftrags und kein Luxus.

Die Linke fordert kostenlosen Zugang für Kinder, Jugendliche und ihre Familien zu Musikschulen, bezirklichen Museen und anderen kulturellen Angeboten.

3.4 Keine Macht den Fake-News

Wir stärken Bildungseinrichtungen als Orte eines verantwortungsvollen Umgangs mit Technologie: von **Medienbildung an Schulen** bis zu Angeboten für Erwachsene. Wir wollen **digitale Bildung lokal in KIEZLUBs, Stadtteilzentren und Volkshochschulen** vorantreiben und dort niedrigschwellige Angebote für einen sicheren und kritischen Umgang mit digitalen Technologien wie Künstlicher Intelligenz schaffen. Wir setzen uns für **kostenfreie Online-Kurse** als öffentliches Bildungsangebot ein. **Das Angebot „Digital-Zebra“ soll entfristet und dauerhaft finanziert sowie auf weitere Bibliotheksstandorte ausgeweitet werden**. Spezielle Digitalangebote für Senior*innen werden wir stärker fördern.

3.5 Friedenstüchtigkeit und Klimaschutz bilden

Wir fördern Maßnahmen zur **Gewalt- und Suchtprävention** und zur **Anti-Mobbing- Arbeit**. Dazu zählen Klassenprojekte, aber auch Kooperationen mit spezialisierten Beratungsstellen und Trägern.

Jede Form militärischer Nachwuchswerbung im schulischen oder berufsorientierenden Umfeld lehnen wir entschieden ab. Politische Bildung muss friedensorientiert, unabhängig und frei von Werbeinteressen sein. Deshalb unterstützen wir Schüler*inneninitiativen, die sich für Friedensbildung, gegen Kriegs- und Zwangsdienste sowie gegen Werbung und Präsenz der Bundeswehr an Schulen einsetzen.

Wir wollen Schulen dabei unterstützen, mit Schulgärten und anderen Formen des explorativen, naturnahen Lernens **Sachkunde auch mit Blick auf Natur, Umwelt und Klimaprozesse zu fördern.** Treptow-Köpenick ist der grünste Bezirk Berlins – das Bewusstsein über diesen Schatz und den Wert von Biotopen, Gewässern und Wäldern muss auch bei den nachwachsenden Generationen gestärkt werden. Bei der **Umsetzung des Baumentscheids** (Pflanzung von Straßenbäumen) sollten **gezielt Kooperationen zwischen dem Bezirksamt und Schulen gesucht und die Jugendlichen in die Realisierung mit eingebunden werden.** Es sollte zur Tradition werden, dass zur Einschulung jede Schulanfänger*in einen Baum pflanzt und diesen pflegt.

4. Mobilität für Alle

Bus und Bahn kommen unpünktlich oder gar nicht, Radfahren ist mitunter lebensgefährlich, auf Gehwegen liegen E-Roller und das Pflaster gleicht einem Flickenteppich. Die Straßen sind auch in Treptow-Köpenick täglich voller Staus.

Wir wollen dagegen **barrierefreie Mobilität** für alle Menschen im Bezirk, unabhängig von ihrem Körper oder ihrem Geldbeutel. Der Verkehr soll nachhaltig organisiert werden und die Anwohner*innen nicht mit Lärm und Abgasen belasten. Deshalb stärkt Die Linke den Umweltverbund, also den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), sowie den Fuß- und Radverkehr im Bezirk setzt das Berliner Mobilitätsgesetz im Bezirk konsequent um.

4.1 Gut zu Fuß

Die Sicherheit für Z Fußgehende ist uns besonders wichtig. Dazu gehören sanierte **Bürgersteige** und die **Beseitigung von Stolperfallen** durch beschädigtes Pflaster. Für mehr Sicherheit wollen wir **mehr Zebrastreifen, Ampeln, Mittelinseln, Gehwegvorstreckungen und weitere Querungshilfen** für Fußgänger*innen. Insbesondere die Schulwegsicherheit soll regelmäßig vom Bezirk im Austausch mit Schulen und Eltern überprüft und wo notwendig mit baulichen Maßnahmen verbessert werden.

Wir wollen ein Sonderprogramm für **abgesenkte Bordsteine**, damit Menschen mit Rollstühlen, Rollatoren oder Kinderwägen problemlos die Straßen kreuzen können. Die Querungshilfen müssen **mit taktilen Mustern und akustischen Ampeln** mindestens barrierearm sein. Lange Wartezeiten an Ampeln und kurze Übergangszeiten bei Grün sollen beseitigt werden. Das betrifft nicht nur die Autobahnzufahrt am Treptower Park.

Fuß- und Radwege sollen überall, auch in Grünanlagen, die als Alltagswege genutzt werden, **gut beleuchtet** sein. Zum Schutz der Umwelt sollen die Leuchten in Grünanlagen mit Bewegungsmeldern und lichtemissionsarm sein.

4.2 Leistungsstarker ÖPNV

Wir wollen einen ÖPNV, der alle mitnimmt. Daher setzen wir uns nicht nur dafür ein, dass die Preise für das Deutschlandticket und für Sozialtickets sinken, sondern perspektivisch auch für einen

fahrscheinlosen ÖPNV sowie eine ÖPNV-Abgabe für Tourist*innen. Die Menschen brauchen **mehr Zuverlässigkeit, bessere Taktung, Wartehäuschen an allen Haltestellen** und keine Magnetschwebbahn. In allen Ortsteilen soll der ÖPNV gleich gut fließen. Deshalb priorisieren wir die bisher wenig erschlossenen Ortsteile im Bezirk. Wir wollen zusätzlich den ÖPNV ins Berliner Umland ausbauen, um den Autopendelverkehr zu reduzieren.

Die Straßenbahn ist kostengünstig, effektiv und nachhaltig. Wir unterstützen deshalb das **Zielnetz 2050 des Bündnisses „Pro Straßenbahn“**.

Wir favorisieren den Neubau von Straßenbahnlinien im eigenen Gleisbett und Vorrangschaltungen an Kreuzungen. Die Vorrangschaltung muss auch im Bestandsnetz eingerichtet werden, zum Beispiel von Adlershof nach Schöneweide. Das Köpenicker Straßenbahnnetz muss für die Nutzung aller Fahrzeugtypen ertüchtigt werden.

Wo nur eine Buslinie fährt, wollen wir die Fahrtakte und das Haltestellennetz verdichten. Zu Hauptverkehrszeiten sollen **Verstärkerbusse** auf bestehenden Linien eingesetzt werden. Neue Stadtquartiere wie Späthsfelde, Rahnsdorf, Johannisthal, Güterbahnhof Köpenick müssen kurzfristig an den Busverkehr angeschlossen werden, sodass bei Bezug der Quartiere die Anwohner*innen den ÖPNV nutzen können. Wir werden weiterhin die Einrichtung einer Ringbuslinie entlang der Grünen Trift unterstützen.

Die Linke Treptow-Köpenick setzt sich für weitere **Busspuren an Staunotenpunkten** und Vorrangschaltungen für Busse wie zum Beispiel rund um die Elsenbrücke und entlang der Puschkinallee ein. Wo aufgrund des Fahrgastaufkommens Bedarf besteht, müssen Straßen, wie die Radickestraße, für Gelenkbusse befahrbar sein.

Wir begrüßen das E-Busdepot an der Minna-Todenhagen-Brücke und erwarten eine zeitnahe **Umstellung der Busflotte im Bezirk auf Elektroantrieb** mit Zwischenlademöglichkeiten an Endhaltestellen. Wir setzen uns dafür ein, **BVG Muva** im Bezirk auszubauen, damit auch mobilitätseingeschränkte Menschen sicher mobil sein können.

Die Linke begrüßt den Ausbau des Bahnhofs Köpenick zum Regionalbahnhof für eine bessere Anbindung Köpenicks an den ÖPNV.

Die Linke steht für die **Schienen-TVO** und für die Verbindung mit Nachbarbezirken im Regionalverkehr. Wir wollen eine zweigleisige Strecke von Schöneweide nach Spindlersfeld im 10 Minuten-Takt. Dafür muss die Schnellerstraße durch Tunnel oder Brücke überquerbar sein. Wir begrüßen auch den Ausbau des Südrings zur Regionalbahnstrecke.

Wir begrüßen auch den Ausbau des Südrings zur Regionalbahnstrecke. Das Stadion An der Alten Försterei muss besser über die Schiene an den ÖPNV angeschlossen werden, um die Kapazitäten des Stadions erhöhen zu können.

Die Linke setzt sich für eine bessere Koordinierung zwischen Deutscher Bahn, BVG, Bezirk und Land sowie **schnellere Bauabläufe** bei allen Verkehrsbaumaßnahmen ein. Das alte Gebäude des Bahnhofs Schöneweide und der Vorplatz müssen umgehend entsprechend dem Beteiligungsverfahren umgestaltet werden.

Wir wollen die **Fährlinien im Bezirk erhalten**.

4.3 Flott mit dem Fahrrad

Wir wollen weitere **Fahrradstraßen, neue Radwege**, vornehmlich als räumlich getrennter Radstreifen, **und alte nach neuen Standards sanieren**. Auch bei Baustellen müssen Radwege erhalten bleiben. Insbesondere die Sichtverbindungen zwischen Rad- und Kraftverkehr müssen gewährleistet werden. Wir fordern zeitlich getrennte Grünphasen zwischen Rad- und Kraftverkehr für **gefahrenarme Abbiegesituationen**.

Wir wollen Treptow-Köpenick mit Radschnellwegen an die Nachbarbezirke anschließen und treiben die RadSchnellVerbindung 1 (Y-Trasse) voran.

Wir werden die **Abstellmöglichkeiten für Fahrräder ausbauen**, insbesondere als überdachte Abstellanlagen an Knotenpunkten des ÖPNV und Orten der sozialen Infrastruktur wie KIEZKLUBS, Schulen, Kitas, Ortskernen und Einkaufszentren. Für den Ausbau der Radinfrastruktur braucht es ausreichend Planungskapazitäten sowohl auf Landesebene als auch im Bezirksamt.

4.4 Sichere Straßen überall

Die Linke findet sich nicht mit Verkehrstoten ab und unterstützt Vision Zero! Unfallorte sollen schwerpunktmäßig überprüft und gegebenenfalls umgebaut werden.

Auf den Hauptverkehrsstraßen wollen wir mehr Tempo 30, um die Lärm- und Schadstoffbelastung für die Anwohner*innen zu reduzieren. Zumeist wohnen Menschen mit geringerem Einkommen entlang der Hauptverkehrsachsen. Gute Luftqualität für alle Menschen ist für uns ein soziales Anliegen. Wohngebiete sind als Tempo 30-Zonen auszuweisen und entlang der Verbindungsstraßen ist Tempo 30 insbesondere im Umfeld von Kitas, Schulen und Senior*inneneinrichtungen auszubauen.

Auch **Verkehrsberuhigungen in Wohnquartieren**, z.B. in Form von **Kiezblocks**, können die Sicherheit und Lebensqualität der Anwohner*innen erhöhen. Wir wollen solche Maßnahmen unter Beteiligung der Anwohner*innen umsetzen. Wir werden eine Parkraumbewirtschaftung in stark belasteten Ortsteilen prüfen und dort einführen, wo es sinnvoll ist. Dabei muss sich ein Mehrwert für die Anwohner*innen ergeben, z.B. durch extra für die Anwohner*innen reservierte Parkplätze.

Um die **Vision Zero** zu realisieren, braucht es eine **konsequente Verkehrsüberwachung**, sowohl mit **stationären Blitzern** als auch mit **mobilen Messstationen** und einer **Fahrradstaffel**.

Wir wollen, dass die **A100 nicht weiter ausgebaut** und ein umfassendes Verkehrskonzept insbesondere für den Treptower Norden durch den Senat zusammen mit dem Bezirk Treptow-Köpenick und den Nachbarbezirken erarbeitet wird. Wir prüfen, ob der 16. Bauabschnitt in eine Stadtstraße mit Radschnellweg umgewandelt werden kann. Der Bezirk braucht keine weiteren Schnellstraßen, sondern autoarme neue Stadtquartiere mit einem attraktiven ÖPNV!

Wir treten für **mehr Behindertenparkplätze und Ladezonen für den Lieferverkehr in Einkaufsstraßen** ein, um Gefahren durch Parken in zweiter Reihe zu vermeiden.

Lademöglichkeiten für E-Autos werden wir flächendeckend ausbauen. Ebenso dürfen **Car-Sharing**-Anbieter ihr Angebot nicht auf einzelne Teile des Bezirks beschränken.

5. Öffentlicher Raum für Alle

In unseren Kiezen sehen wir tagtäglich die Folgen von Gentrifizierung, Verdrängung und einer Gesellschaft, in der die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander geht: kleine Läden können sich völlig überhöhte Gewerbemieten nicht mehr leisten; es fehlen die Mittel für die Pflege unserer Parks und Grünflächen; Obdachlosigkeit nimmt zu und Drogenkonsum als Bewältigungsstrategie wird sichtbarer. Unter dem Mantra "bauen, bauen, bauen" werden immer mehr Flächen zubetoniert, während unser öffentlicher Raum für Profite ausgeschlachtet wird: Privateigentum schneidet Uferwege ab und Werbung nervt überall. Wer jedoch außerhalb der Wohnung und von teuren Cafés etwas essen oder trinken möchte, „darf“ lange suchen.

Als Linke sagen wir: Der öffentliche Raum gehört uns allen! Alle sollen sich in unserem wald- und wasserreichen Bezirk frei und sicher bewegen können, sich wohlfühlen, unabhängig von Einkommen, Herkunft oder körperlichen Fähigkeiten. Ob mit Rollstuhl oder Rollator, als Kind oder Senior*in, mit wenig oder mehr Geld: Unser Leitmotiv ist eine **Stadt für Alle!**

Unsere Lösung dafür heißt: Armut bekämpfen statt Verdrängung! Öffentliche Infrastruktur ausbauen, nicht privatisieren. Wir kämpfen konsequent für Räume, die für alle da sind und nicht nur für die, die sich Auto, Taxi, Restaurant oder Lieferdienst leisten können.

5.1 Freier Zugang zu öffentlichen Orten

Wir setzen uns für Räume für alle ein: Treffpunkte, Bibliotheken, Nachbarschaftszentren, KIEZKLUBs und andere soziale Orte wollen wir erhalten, stärken und für noch mehr Menschen zugänglich machen. Überall im Bezirk müssen Menschen in kommunal getragenen oder geförderten Räumlichkeiten zusammenkommen können: kostenfrei oder gegen einen sehr geringen Kostenbeitrag.

Zur Nutzung öffentlicher Infrastruktur gehört für uns auch das **freie WLAN im öffentlichen Raum**, unter anderem durch Kooperation mit Initiativen wie Freifunk, an bezirklichen Liegenschaften und den schon mit WLAN ausgestatteten KIEZKLUBs. Den freien Zugang zu digitalen Endgeräten, z. B. in Bibliotheken und Volkshochschulen, wollen wir ausbauen.

In der Quartiersplanung (Neubau, Stadtteilentwicklung, Grün- und Freiräume) fokussieren wir stärker auf unterschiedliche Personengruppen, seien es Jugendliche, die sich gern an Tischtennisplatten treffen oder ältere Menschen, die auf Sitzbänke angewiesen sind. Wir wollen differenzierte Konzepte für den Bezirk mit seiner Mischung aus urbanem und eher ländlichem Raum (z.B. Schmöckwitz, Müggelheim).

Es braucht zudem **mehr öffentliche und kostenlose Toiletten besonders auf Plätzen, an Bahnhöfen sowie im Umfeld von Spielplätzen, Wäldern und Grünflächen**, wie der Königsheide, im Landschaftspark Johannisthal, dem Bellevuepark in Köpenick, der Wuhlheide oder in der Köllnischen Heide in Adlershof.

Freie Ufer für Alle: Uferwege entlang der Spree, des Müggelsees oder der Dahme, zum Beispiel in Oberschöneweide, müssen öffentlich zugänglich bleiben! Dort, sowie an allen Wegen und Aufenthaltsorten im Bezirk, fordern wir ausreichend **Sitzinseln und Bänke**. Vorbild können hier Städte wie Paris, Barcelona oder Kopenhagen sein.

5.2 Infrastruktur für Alle, statt Werbung und Überwachung

Universelles Design muss Priorität haben! Die Anforderungen von sehbehinderten, mobil oder kognitiv eingeschränkten Menschen unterscheiden sich - gerade im öffentlichen Raum -, müssen aber gleichermaßen beachtet werden. Jeder Mensch wird im Laufe des Lebens mit solchen Einschränkungen und Veränderungen konfrontiert. Das muss im öffentlichen Raum von Anfang an mitgedacht und mitgeplant werden. Ob im Nahverkehr, auf abgesenkten Gehwegen oder in öffentlichen Gebäuden: **Barrierefreiheit** muss in allen Planungen berücksichtigt werden. Und das beginnt bereits bei der bezirklichen Ausschreibung.

Öffentliche Infrastruktur muss für alle nutzbar sein. Wir fordern, dass alle Gebäude des Bezirksamtes inklusiv gestaltet werden. Menschen mit Behinderungen müssen verbindlich in die Planung von Gebäuden und Infrastruktur einbezogen werden ebenso wie Kinder, Jugendliche sowie Senior*innen. Barrierefreiheit darf nicht an Denkmalschutz oder Zuständigkeitsgerangel scheitern.

Zu einem sicheren öffentlichen Raum gehört für uns auch ein bezirkliches Konzept gegen **gefährdende Abstellungen von Leihfahrrädern und E-Rollern sowie für Schnee- und Eisbeseitigung vor allem auf Geh- und Radwegen.** Stolperfallen müssen reduziert werden. Hierzu braucht es u.a. mehr ausgewiesene Abstellflächen, aber auch ein besseres Monitoring durch die Betreiber bzw. den Senat.

Wir unterstützen den **Volksentscheid Berlin werbefrei.** Darüber hinaus setzen wir uns dafür ein, dass Werbeflächen an Bahnhöfen und Bushaltestellen und in öffentlichen Gebäuden nicht länger Konzerne bewerben. Werbung soll über Hilfsangebote, Anlaufstellen oder Standorte für wohnungslose Menschen informieren.

Gleichzeitig setzen wir uns gegenüber dem Land Berlin dafür ein, dass Bundeswehrwerbung im öffentlichen Raum grundsätzlich beendet wird. Die Bundeswehr soll zudem nicht an vom Bezirk organisierten Stadtfesten, Ausbildungsmessen oder Jobbörsen teilnehmen.

Kameras an öffentlichen Plätzen und Technologien zur automatisierten Gesichtserkennung lehnen wir ab. Sicherheit entsteht nicht durch technisierte Überwachung. Sie verhindert keine Kriminalität, sondern greift in die Grundrechte aller Bürger*innen ein. Wir lehnen das Allgemeine Sicherheits- und Ordnungsgesetzes (ASOG) in der bestehenden Form und die damit einhergehende Ausweitung polizeilicher Befugnisse ab. Wir setzen uns dafür ein, dass das Bezirksamt diese Position im Rat der Bürgermeister aktiv vertritt. Wir erwarten vom Senat, Grundrechte konsequent zu wahren, und setzen uns dafür ein, dass das Bezirksamt auch diese Position im Rat der Bürgermeister konsequent vertritt.

Treptow-Köpenick muss ein Ort sein, an dem sich Menschen frei bewegen können, ohne unter Generalverdacht zu stehen. **Sicherheit** entsteht für uns **durch soziale Gerechtigkeit und lebendige Nachbarschaften, nicht durch Repression und Überwachungstechnik.** In diesem Sinne solidarisieren wir uns auch ausdrücklich mit der **Fanzene** in unserem Bezirk. **Eisern Union!**

5.3 Aktiv erinnern - nicht ausgrenzen

Eine gelebte Gedenkkultur ist für Die Linke fester Bestandteil antifaschistischer und demokratischer Bildungsarbeit. **Wir setzen uns deshalb für die Schaffung und Pflege weiterer Stolpersteine ein** und unterstützen die antifaschistische Arbeit der Vereinigung der Verfolgten des Nationalsozialismus - Bund der Antifaschist*innen.

Wir setzen uns aktiv für die **Sicherung und Weiterentwicklung der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche** zu einer zentralen Gedenk- und Bildungsstätte ein. Sie erinnert an die Verbrechen der

„Köpenicker Blutwoche“ und damit an die Morde des frühen SA-Terrors, bei dem Ende Juni 1933 mindestens 23 Menschen ihr Leben verloren. Eine gedenkwürdige Gestaltung des Platzes des 23. April ist dringend notwendig, ebenso wie der **Erhalt des Dokumentationszentrum für NS- Zwangsarbeit in Schöneweide**. Die Linke Treptow-Köpenick strebt an, auch die weiteren ehemaligen Zwangsarbeiter*innenlager in unserem Bezirk sichtbar zu machen, beispielsweise das Eierhäuschen in Plänterwald.

Wir wollen ein systematisches Monitoring des Bezirks zum Zustand und zu Schändungen von antifaschistischen Gedenkorten und dass Schäden oder Schändungen schnellstmöglich beseitigt und geahndet werden.

5.4 Kultur ist Lebenselixier

Kultur ist vielfältig und umfasst **Theater, Clubs, Museen, Galerien, Konzertstätten, Bibliotheken, Kinos, Denkmäler, Kunst im öffentlichen Raum, Ateliers und Werkstätten** sowie andere Arten von Begegnungsstätten.

Kunst und Kultur sollen allen Menschen im Bezirk zugänglich sein. Dafür fördern wir auch die **Kooperation zwischen Kultur- und Bildungseinrichtungen**: Niedrigschwellige Projekte mit Kitas, Schulen und Jugendfreizeiteinrichtungen wecken bereits frühzeitig das Interesse von Kindern und Jugendlichen an kreativer Teilhabe.

In Anlehnung an die medizinische Praxisraum-Börse setzen wir uns dafür ein, eine „Kulturraum-Börse“ zu schaffen. Damit kann der Bezirk zwischen Vermietern von geeigneten Räumen und Kulturschaffenden, Nachbarschaftsprojekten oder lokalen Initiativen, die Räume benötigen, aktiv vermitteln. Ein anschauliches Beispiel für einen solchen Prozess könnte das ehemalige Cinestar-Kino am Treptower Park darstellen. Dort kämpft die von uns unterstützte Initiative „Traumfabrik Treptow“ dafür, das Gebäude als Kultur- und Gemeinschaftsort zu erhalten und will damit drohenden Leerstand mitten im lebendigen Kiez verhindern.

Nachdem für das Schlossplatztheater zunächst eine tragfähige Lösung gefunden wurde, setzen wir uns mit all unseren Möglichkeiten für den **Erhalt des Theater Ost, Kungerkiez-Theater, Puppentheater Grashüpfer und Köpenicker Stadttheaters** ein. Wir wollen, dass die Arbeit dieser Theater weitgehend über ordentliche Haushaltsmittel finanziert und dadurch die Abhängigkeit von nicht planbaren Fördermitteln reduziert wird.

Ausstellungen in den bezirkseigenen Museen und Galerien, wie etwa zur bisher wenig bekannten Johannisthaler und Adlershofer Filmgeschichte im Museum Treptow, sind hervorragende Gelegenheiten, mehr über den Bezirk zu erfahren und sich zu begegnen. **Die bezirklichen Museen brauchen neben ausreichend Ausstellungsfläche auch ausreichende Lagerkapazitäten für die Depotbestände.**

Wir setzen uns für **Schutz und notwendige Restaurierungen der Denkmale und der Kunst im öffentlichen Raum** ein. So sollte die Skulptur „Die sich Erhebende“ möglichst bald an ihren ursprünglichen Standort im Köpenicker Luisenhain zurückkehren. Das Ehrenmal der Opfer des Kapp-Putsches auf dem Waldfriedhof Adlershof muss so restauriert werden, dass alle Namen auf den Gedenksteinen wieder lesbar sind.

Zudem gilt es im Kulturbereich Bedingungen zu schaffen, die prekäre Lebensverhältnisse verhindern. Wir engagieren uns deshalb für **eine bezirkliche Beratungsstelle für Kunst- und Kulturschaffende.**

Dort sollen Künstler*innen, private Initiativen und bezirkliche Kultureinrichtungen miteinander vernetzt werden. Zudem soll sie zu Fördermöglichkeiten auf den verschiedensten Ebenen sowie zu konkreten Themen, beispielsweise Lärmschutzkonzepten für Clubs- und Konzertstätten, beraten.

Viele Jugendliche und junge Erwachsene drücken durch Street-Art ihr Lebensgefühl und ihre Lebenswünsche aus und sind damit Kunstschaffende. **Wir setzen uns dafür ein, dass Street-Art im öffentlichen Raum an geeigneten Stellen ihren Platz findet.**

5.5 Sport und Bewegung stärken

Wir wollen öffentliche Sportflächen erhalten und ausbauen und setzen uns für starke Vereine, für offene Bewegungsangebote und für eine langfristige, solidarische Sportentwicklung ein. Sport und Bewegung müssen für alle Menschen im Bezirk möglich sein. Dazu gehört die konsequente Umsetzung des Berliner Sportfördergesetzes.

Aktuell leisten rund 270 Sportvereine in Treptow-Köpenick einen wichtigen Beitrag zur sportlichen, sozialen und kulturellen Entwicklung. Diese Vielfalt gilt es zu erhalten und weiterzuentwickeln. **Eine enge, verlässliche Zusammenarbeit mit dem organisierten Sport, den Vereinen und dem Bezirkssportbund ist für uns dabei unverzichtbar.**

Für uns ist klar: **Für den Sport gewidmete Flächen dürfen nicht aufgegeben werden**, besonders wegen der wachsenden Bevölkerung in unserem Bezirk. Stattdessen müssen bestehende Sportanlagen erhalten, modernisiert und qualitativ weiterentwickelt werden. Wo möglich sollen vorhandene Flächen so ertüchtigt werden, dass sie neben dem Vereinssport sowohl für Wettkampfsport als auch stundenweise für den selbstorganisierten Sport verfügbar sind. Auch das **Öffnen von Schulhöfen und schulischen Sportanlagen für die Nutzung durch Anwohner*innen** ist ein wichtiger Baustein, um wohnortnahe Bewegungsangebote zu schaffen. Dafür müssen geeignete Rahmenbedingungen her, etwa durch Patenschaftsmodelle mit Schulen und Trägern der Jugendhilfe.

Ein zentrales Anliegen ist für uns der Schutz von Kindern und Jugendlichen im Sport. Vereine tragen hier eine große Verantwortung, die nicht allein auf ehrenamtlichen Schultern lasten darf. Wir setzen uns dafür ein, dass **Weiterbildungen zum Kinderschutz**, zur Prävention und zum verantwortungsvollen Umgang mit Nähe und Distanz **leicht zugänglich, praxisnah und kostenfrei** angeboten werden.

Neben dem organisierten Sport wollen wir **den offenen und niedrigschwelligen Sport im öffentlichen Raum gezielt stärken**. Dazu gehören zum Beispiel kleinere Spielfelder (z.B. Boule), Bewegungs- und Parcoursanlagen, Skate- und Rollsportanlagen sowie Boulder-, Kletter- und Calisthenics-Angebote. Öffentliche Sport- und Bewegungsflächen müssen dabei immer mit **Sitzgelegenheiten, barrierefreien Zugängen und öffentlichen Toiletten** ausgestattet werden.

Ein besonderes Augenmerk gilt den **Wassersportvereinen**. Wir setzen uns auf Bezirksebene dafür ein, **Fördermöglichkeiten für die bauliche Unterhaltung** dieser Sportstätten zu schaffen, um Barrieren abzubauen und die langfristige Nutzbarkeit der Anlagen zu sichern.

6. Soziale Teilhabe für Alle

Die Linke Treptow-Köpenick will einen Bezirk für alle, die hier leben, lernen und arbeiten, die hier aufwachsen, zugezogen sind oder alt werden. Chancengleich und sozial gerecht, im friedlichen und

solidarischen Miteinander sollen sich Menschen begegnen können. **Die Linke steht für ein antifaschistisches, buntes, tolerantes und weltoffenes Treptow-Köpenick!**

Dem “Rechtsruck” treten wir deshalb energisch entgegen und sind solidarisch mit allen Menschen, die von der davon ausgehenden Gewalt bedroht oder betroffen sind. Im Jahr 2025 wurden in Treptow-Köpenick etwa 30 Prozent mehr diskriminierende Vorfälle dokumentiert als 2024. Dazu gehören unter anderem Rassismus, Antisemitismus, NS-Verherrlichung und Bedrohung von politischen Gegner*innen. Die Hotspots **rechter Umtriebe** scheinen in Schöneweide, Dammvorstadt und im Allendeviertel zu liegen. Diese Angriffe **dürfen nicht hingenommen werden!** Die Linke schließt sich mit zivilgesellschaftlichen Initiativen, Organisationen und Bündnissen zusammen und kämpft gemeinsam mit ihnen gegen jede menschenverachtende Ideologie. **Ausgrenzung, Gewalt, Hass und Hetze haben in Treptow-Köpenick keinen Platz!**

Die Linke will **einen inklusiven und integrativen Bezirk**, in dem die Perspektiven marginalisierter Menschen selbstverständlich mitgedacht werden, Verantwortung klar benannt ist und solidarisch gehandelt wird! Die Linke Treptow-Köpenick vertritt Alle - vom Säugling bis ins hohe Alter! Wir stehen für ein positives Image und eine würdevolle Kultur des Alterns. Unser Ziel ist, dass Alter nicht als Last, sondern als Chance und Bereicherung begriffen und gelebt wird.

Unsere Überzeugung ist klar: **Bürger*innenbeteiligung ist das Herzstück linker Kommunalpolitik**. Sie stärkt demokratische Entscheidungen, erhöht ihre Akzeptanz, fördert den sozialen Zusammenhalt und fördert die Identifikation mit dem eigenen Stadtteil. Gemeinsam wollen wir Treptow-Köpenick zu einem Bezirk machen, in dem Mitbestimmung keine Ausnahme, sondern Alltag ist – für alle Quartiere, für alle Altersgruppen und für jede Lebenslage.

6.1 Für Vielfalt und Antifaschismus im Bezirk

Ethnische, sprachliche, sexuelle, geschlechtliche, körperliche, altersspezifische, demokratisch-politische und religiöse Vielfalt ist ein Reichtum im Bezirk. Diese Vielfalt wollen wir schützen!

Die Linke Treptow-Köpenick ist konsequent **antifaschistisch und gegen jede Art der Diskriminierung** und hält an der Brandmauer gegen die AfD fest. Mit uns wird es weiterhin **keinerlei Kooperation mit der rechtsextremistischen “Alternative für Deutschland”** geben. Nach wie vor fordern wir in der BVV von allen Parteien ein klares Bekenntnis gegen nationalistische und rassistische Positionen in unserem Bezirk.

Wir treten allen rechten Versuchen entgegen, antifaschistisches und demokratisches Engagement zu kriminalisieren und so die öffentliche Finanzierung antifaschistischer Strukturen zu diskreditieren. **Die Linke Treptow-Köpenick steht fest an der Seite von demokratischen und zivilgesellschaftlichen Initiativen, Vereinen, Projekten und Bündnissen**, wie der VVN-BdA Köpenick, dem BdA Treptow, den Stolpersteininitiativen im Bezirk, dem Bündnis für Demokratie und Toleranz TK, der mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus oder den „Omas gegen Rechts“.

Wir unterstützen breite zivilgesellschaftliche Bündnisse, die sich rassistischen und nationalistischen Veranstaltungen entgegenstellen und Betroffene schützen. Wir werden einen Sonderpreis für antifaschistisch engagierte Jugendliche ausloben. Dieser Preis für antifaschistisches Engagement soll jährlich vergeben werden und mit einer Höhe von 1.000€ dotiert sein. Hierbei können Initiativen oder auch Einzelpersonen ausgezeichnet werden.

Für Betroffene von Diskriminierung - wie Rassismus, Antisemitismus, Sexismus, Ableismus, Ageismus oder Queerfeindlichkeit - soll der Bezirk konkrete Ansprechstellen einrichten. Wir wollen öffentlichkeitswirksame Kampagnen, Bildungsangebote, Aufklärungs- und Dialogformate, um (bezirkliche) Unterstützung für Betroffene bekannter zu machen.

Die Linke Treptow-Köpenick möchte Angestellte im Bezirksamt besser fortbilden, um die praktische Arbeit und Kommunikation mit diskriminierten Menschen zu verbessern. Wir schlagen eine verbindliche **Fortbildung zu diskriminierungsbewusster und diversitätssensibler Beratung** als angerechnete Arbeitszeit vor.

6.2 Integration ermöglichen - koloniale Geschichte aufarbeiten

Es sollte selbstverständlich sein, dass Menschen mit Migrationsgeschichte – auch diejenigen, die nicht wählen dürfen - politische Prozesse aktiv mitgestalten. Deshalb wollen wir **die Rolle des Bezirksbeirats für Integration und Partizipation stärken**. Menschen mit Migrationsgeschichte müssen eine verbindliche Stimme in der Bezirkspolitik haben. Der Beirat soll daher in allen relevanten Ausschüssen Rederecht erhalten. Wir fördern **selbstorganisierte Initiativen von Geflüchteten und Menschen mit Migrationsgeschichte**, beispielsweise durch die Bereitstellung kostenfreier Räume.

Da viele Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte häufigen Kontakt mit Behörden haben, fordert die Linke Treptow-Köpenick, dass bei Bedarf **Sprachmittler*innen für wichtige Termine zur Verfügung** stehen und diese nicht durch Geräte ersetzt werden. Wir wollen **mehrsprachige Informationen, Hinweise und Formulare in öffentlichen Ämtern** und niedrigschwellige Beratungsangebote. Alle Menschen im Bezirk sollen ihre Rechte verstehen und ausüben können sowie einen Zugang zu deutschen Sprachkursen haben. Deswegen setzen wir uns dafür ein, dass **Sprachkurse für das Niveau B2 auch bezirklich bereitgestellt** werden und nicht von der Bewilligung der Agentur für Arbeit abhängig sind.

Die deutsche Kolonialgeschichte wollen wir vor Ort aufarbeiten und den globalen Austausch fördern. Wir setzen das Berliner Erinnerungskonzept "Kolonialismus erinnern" um **und schaffen einen dekolonialen Lern- und Erinnerungsort am Karpfenteich im Treptower Park** über die Gewerbeausstellung 1896 und deren menschenunwürdige Völkerschauen. Wir möchten die **Bezirkspartnerschaft von Treptow-Köpenick mit Cajamarca in Peru** im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele für mehr globale Verantwortung auf Bezirksebene strukturell stärken und weitere internationale Partnerschaften zwischen Sportvereinen, Musikschulen, Vereinen, etc. und Kommunen des Globalen Südens aufbauen.

6.3 Inklusion ist mehr als rollstuhlgerecht

Öffentliche Informationen müssen für alle Menschen zugänglich sein – in leichter Sprache, in Groß- und Brailleschrift, in Gebärdensprache und in barrierefreien digitalen Formaten. Barrierefreiheit ist kein Zusatzangebot, sondern Voraussetzung für gleichberechtigte Teilhabe.

Noch immer werden inklusive Maßnahmen verschoben, verwässert oder halbherzig umgesetzt. Das nehmen wir nicht länger hin. Die Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen müssen in allen Bereichen von Verwaltung, Stadtentwicklung und öffentlichem Leben verbindlich berücksichtigt werden.

Teilhabe darf weder an physischen noch an digitalen oder wirtschaftlichen Barrieren scheitern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die UN-Behindertenrechtskonvention im Bezirk endlich konsequent umgesetzt wird.

Wir wollen verbindliche Zuständigkeiten für Barrierefreiheit in allen Geschäftsbereichen des Bezirksamts schaffen. Alle Veröffentlichungen der Verwaltung müssen konsequent digital barrierefrei sein – ohne das Recht auf analoge Kommunikation einzuschränken.

6.4 Kein Platz für Sexismus und Queerfeindlichkeit

Die Linke verurteilt Sexismus und jegliche Diskriminierung aufgrund von sexueller oder geschlechtlicher Identität. Wir hissen nicht nur die Regenbogenfahne vor dem Rathaus, sondern **bauen Zufluchtsorte und Anlaufstellen für Frauen und queere Menschen** im Bezirk und in Berlin aus und entwickeln mit Betroffenen Schutzmaßnahmen. Es braucht mehr Aufklärungsangebote, insbesondere an Schulen und Jugendeinrichtungen zur Sensibilisierung für Sexismus und Queerfeindlichkeit.

In der aktuellen Bezirksverordnetenversammlung in Treptow-Köpenick liegt der Frauenanteil mit 33 Prozent der Verordneten weit unter dem Bevölkerungsdurchschnitt mit 50,9%. Dagegen will Die Linke eine ausnahmslose **Frauenquote von mindestens fünfzig Prozent in allen Ämtern und Gremien auf Bezirksebene** einführen.

Finanzielle Mittel für zielgruppenorientierte und generationsübergreifende Begegnungsräume sowie Demokratie und Toleranz fördernde Initiativen und Projekte müssen abgesichert werden. Das Zentrum für Demokratie in Schöneeweide, Jugendclubs, Familienzentren, vielfältige integrative Projekte wie BENN (Berlin entwickelt neue Nachbarschaften), InteraXion, Stadtteilzentren, Kiezclubs und kulturelle Einrichtungen brauchen Spielräume für neue Projekte. Wir wollen generationsübergreifende niedrigschwellige Angebote und Kiezfeste gegen Einsamkeit organisieren. Wo Solidarität gelebt wird, darf es keine Kürzungen geben. Daher stehen wir fest an der Seite der **Initiative #unkürzbar**.

6.5 Gute Chancen für alle jungen Menschen

Kinder- und Jugendarbeit bekämpft soziale Ausgrenzung. Sie ist mehr als Sport, Spiel und Party, aber auch das! **Die Linke setzt sich energisch dafür ein, die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit in Treptow-Köpenick zu erhalten und auszubauen.** Denn unsere Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen sowie die Jugendclubs beteiligen Kinder und Jugendliche altersgerecht, fördern politische Auseinandersetzung, vermitteln Demokratie und Kultur, ganz **unabhängig vom Geldbeutel der Eltern**. Vor allem bieten sie Gemeinschaft, Begegnung und Austausch, bis hin zu niedrigschwelligen Hilfs- und Beratungsangeboten. Diese kostenlosen Angebote erreichen auch jene Kinder und Jugendlichen, die aus finanziellen Gründen nicht in Musikschulen und Sportvereine gehen und holen sie von der Straße. In den Einrichtungen wird gemeinsam gekocht, gebacken und gegessen, was auch in Treptow-Köpenick nicht für alle Kinder und Jugendlichen alltäglich ist. Die Linke setzt sich auch dafür ein, dass **alle Angebote der Jugendhilfe** – von der Kindertagesbetreuung über die Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, Familienförderung bis hin zu den Hilfen zur Erziehung – **inklusiv und diskriminierungsfrei gestaltet werden und somit für alle Kinder, Jugendlichen und Familien zugänglich sind.**

6.6 Ehrenamt stärken

Freiwilliges Engagement ist eine unverzichtbare Säule des Zusammenhalts im Bezirk und **muss dementsprechend öffentlich gewürdigt und gefördert werden.** Ehrenamtliche sollen Zugang zu **Qualifizierung, Versicherungsschutz und Fahrtkostenerstattungen** erhalten. Vor allem für Senior*innen mit mehr Zeit für ehrenamtliche Aktivitäten, sollen Projekte gefördert werden, bei denen sie sich generationenübergreifend als Mentor*innen für junge Menschen, Neuankommende, etc. engagieren können. Eine besondere Rolle im Bezirk kommt der Freiwilligenagentur STERNENFISCHER zu.

Ehrenamtliches Engagement darf **keine Ausbeutung** darstellen und keine staatlichen Aufgaben und kein Fachpersonal ersetzen. Ein wirksames Ehrenamt braucht einen starken öffentlichen Sektor.

6.7 Digitalisierung gemeinwohlorientiert und zugänglich

Digitale Angebote sollen allen zugutekommen: barrierefrei, datenschutzfreundlich, in leichter Sprache und ohne Benachteiligung. Gleichzeitig treten wir entschlossen gegen Digitalzwang, staatliche Überwachung und rein kommerzielle Digitalisierung ein.

Die Digitalisierung darf kein Selbstzweck sein, sondern muss den Menschen dienen. Wir wollen die Innovationskraft unserer Wissenschafts- und Wirtschaftsstandorte, wie etwa in Adlershof und Schöneweide, gezielt nutzen, um die öffentliche Daseinsvorsorge im gesamten Bezirk zu modernisieren. Wir werden sicherstellen, dass die Digitalisierung gesellschaftliche Teilhabe fördert und nicht zu neuer Ausgrenzung führt.

Dabei ist für uns entscheidend: **kein Digitalzwang.** Wir wollen, dass die Bürger*innen in unserem Bezirk mit Ämtern kommunizieren können – **digital und analog.** Digitale Prozesse sollen die Mitarbeitenden entlasten und Abläufe beschleunigen, damit mehr Zeit für persönliche Beratung bleibt. Das bedeutet auch: **Kein Personalabbau in Bereichen mit direktem Bürger*innenkontakt! Alle öffentlichen Einrichtungen, Institutionen und Ämter, auch Arztpraxen, Pflege-, Beratungs- und Hilfeinrichtungen müssen verpflichtend auch telefonisch erreichbar sein.**

Wir wollen, dass Bürger*innen mit der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen nicht alleine gelassen werden und digitale Teilhabe durch Unterstützungsangebote stärken: Dazu gehören **Digitallots*innen**, kostenfreie oder geförderte **Schulungen** für vor allem ältere Menschen im Bezirk.

Gleichzeitig fordern wir eine **konsequente Umsetzung des Onlinezugangsgesetzes (OZG)**, unter der Prämisse der Datensouveränität. Wir wollen, wo dies bezirklich möglich ist, digitale Lösungen selbst schaffen oder auf **souveräne Open-Source-Software** setzen, statt uns durch den Einkauf teurer Lizenzen von Drittanbietern abhängig zu machen. Angesichts zunehmender geopolitischer Spannungen und Monopolbildung in der Digitalwirtschaft ist digitale Souveränität durch Open Source auch strategisch notwendig. Wir fordern den Aufbau von IT-Know-How in der Verwaltung: **Weiterbildungsangebote für Mitarbeitende des öffentlichen Dienstes** und die **Berücksichtigung von Nachhaltigkeitskriterien** bei Auftragsvergaben und Beschaffungen.

6.8 Bürger*innenbeteiligung auf Augenhöhe

Gute Nachbarschaften leben vom Mitmachen, Mitbestimmen und vom unermüdlichen Engagement vieler Ehrenamtlicher. Dort, wo es um Wohnen, Stadtentwicklung, Verkehr, soziale und kulturelle Infrastruktur, Bildung, Grünflächen oder öffentliche Räume geht, müssen diejenigen mitentscheiden können, die dort leben, arbeiten und ihren Alltag gestalten. Vom Schmollerplatz über die zahlreichen DDR-Garagenkomplexe, den Güterbahnhof in Köpenick, das Gebiet an der Friedrichshagener Straße bis Hessenwinkel - die Linke fordert, **Bürger*innenbeteiligung frühzeitig** zu beginnen, **transparent** zu organisieren und **reale** Einflussmöglichkeiten zu eröffnen.

Wir wollen eine Beteiligung durch **Einwohner*innenanträge und -versammlungen** mit echter Wirkung, **digitale Beteiligungsplattformen** mit transparenter Rückmeldung, **Stadtteilforen und Quartiersräte**, die dauerhaft arbeiten, sowie **Kooperationen mit Initiativen, Vereinen und Nachbarschaften** fördern.

Eine linke Beteiligungspolitik ist immer inklusiv! Noch immer sind viele Menschen systematisch von politischen Beteiligungsprozessen ausgeschlossen: Menschen mit Migrationsgeschichte, Geflüchtete,

Menschen mit Behinderungen, Menschen mit geringem Einkommen, Alleinerziehende oder pflegende Angehörige, ältere Menschen sowie Kinder und Jugendliche. Diese Ausgrenzung ist kein Zufall, sondern Ausdruck sozialer, rechtlicher und institutioneller Barrieren. Sie abzubauen ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit in demokratischen Strukturen.

Das heißt konkret: **Informationen und Beteiligungsangebote müssen verständlich, mehrsprachig und in unterschiedlichen Formaten zugänglich sein.** Beteiligungsveranstaltungen müssen **räumlich und digital barrierefrei** gestaltet werden und zu Zeiten stattfinden, die auch berufstätigen, sorgenden oder mehrfach belasteten Menschen eine Teilnahme ermöglichen. Es braucht eine **aktive Ansprache und systematische Einbindung von Migrant*innenorganisationen, Geflüchteteninitiativen, Selbstvertretungen von Menschen mit Behinderungen, der bezirklichen Seniorenvertretung, Nachbarschaftsinitiativen und sozialen Trägern.** Alle Perspektiven müssen von Anfang an Teil von Planungsprozessen sein.

Besonders wichtig ist Demokratiebildung von klein auf – in Kitas, Schulen und in der Kinder- und Jugendarbeit. Junge Menschen sind Expert*innen ihrer eigenen Lebenswelt, beispielsweise in der attraktiven Gestaltung von Sport- und Bewegungsräumen. Durch die Einrichtung des Kinder- und Jugendbeteiligungsbüros im Bezirk wurde die demokratische Teilhabe von Kindern und Jugendlichen gestärkt. Nun müssen ihre Anliegen verbindlich in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die Linke Treptow-Köpenick wird **die Arbeit des Kinder- und Jugendbeteiligungsbüro weiterhin aktiv begleiten und unterstützen!**

Die Linke Treptow-Köpenick fordert weiterhin die **Stärkung der kommunalen Mitbestimmung von älteren Menschen.** Neben einer starken **Seniorenvertretung** wollen wir eine gewählte **Senior*innenbeauftragte des Bezirksamtes** zur Koordinierung der seniorenpolitischen Aufgaben einsetzen.

Nur so, gemeinsam und auf Augenhöhe, kann Veränderung zum Besseren gelingen.